



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24234 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XII/274 - 30. November 1957

Hinweise auf den Inhalt:

Willi Eichler: Zum Grundsatzprogramm der SPÖ	S. 1
Britisches Unbehagen	S. 3a
Sorgen der indischen Kongresspartei	S. 4
Die Lücken in der Rentenreform	S. 6
Der letzte Pfennig	S. 8

Sozialismus - gestern und heute

Von Willi Eichler,
Mitglied des Vorstandes der SPD

Die Sozialistische Partei Österreichs hat auf ihrem jüngsten Parteitag in Salzburg der Öffentlichkeit den Entwurf eines neuen Programms vorgelegt. Er wird auch in der SPÖ selber erst von jetzt ab diskutiert werden. Die endgültige Fassung des Programms, nach dem Ergebnis der Diskussion, ist einem späteren Parteitag vorbehalten.

Der Entwurf wendet im wesentlichen auf Österreich an, was die Erklärung der Sozialistischen Internationale über die "Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus" auf ihrer Gründungstagung in Frankfurt/M., im Juli 1951, als Gemeinschaftsaufgabe aller Sozialisten der Welt verkündet hat. Wer die damalige Diskussion in Frankfurt und die Erörterungen in der die Erklärung vorbereitenden Kommission mitgemacht hat, kann von dem Entwurf der österreichischen Sozialisten nicht überrascht sein, so sehr auch heute die früher charakteristische Note des "Austro-Marxismus" fehlt, die noch im Linzer Programm, angesichts des bedrohlichen Heranrückens des Faschismus, des "Austro-Faschismus", enthalten war. Das neue Grundsatzprogramm der SPÖ liegt auf der gleichen Linie, die die SPD seit den Konferenzen von Ziegenhain im Jahre 1947 und in ihrem Dortmunder (1952) und Berliner Aktionsprogrammen (1954), besonders in der Präambel des Berliner Programms, eingeschlagen hat.

Die SPÖ stellt in den Mittelpunkt ihrer Grundsatzbetrachtung als den Sinn des Sozialismus "die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit". Ihre "Vorbedingungen sind die Freiheit des Menschen und der Völker, Glaubens- und Gewissensfreiheit, wirtschaftliche Unabhängigkeit, gesellschaftliche Gleichberechtigung und Sicherheit der Existenz".

Deshalb steht auch im Programm-Entwurf die Erkenntnis des demokratischen Sozialismus, eine aufgrund schmerzlicher Erfahrungen gebildeten Erkenntnis, dass "jeder Versuch, eine Diktatur zu errichten, gleichgültig in wessen Namen und zu welchem Zweck, zu neuer Unfreiheit und Unterdrückung, zur Bildung von Klassen und damit zu neuer Ausbeutung führt". Das gilt auch für die Erziehungs-"Diktatur des Proletariats". Sie hat zwar nie die Klassenherrschaft lediglich "umkehren" wollen; aber ihr Versuch kann zu "neuen Klassenbildungen" führen, die dem Wesen des Sozialismus widersprechen.

Dem übermächtigen, der durchorganisierten Industriegesellschaft innewohnenden Drang zur Bürokratisierung will das Programm durch planmäßige Dezentralisierung und Selbstverwaltung auf möglichst jedem Gebiet entgegenwirken. Das gilt für die Gemeinde, die Genossenschaften, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Sozialversicherungsinstitute, gemeinwirtschaftliche Unternehmungen u.a. Die Mitbestimmung in der Wirtschaft muss der politischen Gleichberechtigung folgen.

"Von der Klassenpartei zur Partei aller arbeitenden Menschen" ist ein besonderer Abschnitt überschrieben, offenbar für diejenigen bestimmt, die aus irgendeinem Grunde Sorge haben könnten, dass man ihre Interessen, ihre Lebensbedürfnisse mit denen der "Arbeiter" gleichsetzte, indem man diese und alle anderen ungerechterweise und grundsätzlich Benachteiligten zu einer Schicht (einer "Klasse") rechnete. Das Schema der Zweiklassen-Gesellschaft: Hier Kapitalisten, hier Proletarier, wird ausdrücklich verworfen, die Vielseitigkeit der Gruppe der "abhängigen" Menschen anerkannt und die Verschiedenheit einer Vielzahl von Schichten und ihre Sonderinteressen berücksichtigt.

Die neue Haltung zum "Menschlichen", zu Freiheit und Gerechtigkeit führt zum klaren Bekenntnis zur Toleranz gegenüber jeden, der seinerseits gewillt ist, solche Toleranz auch für sich als verbindlich

anzuerkennen. Das Verhältnis zu den Kirchen, lange Zeit in Österreich besonders gespannt, wird in ein neues zukunftsträchtiges Licht gerückt: "Es wäre unverstänlich, dass eine Religion der Nächstenliebe nicht mit dem Sozialismus vereinbar sein soll".

Die Gestaltung der Wirtschaft wird wahrscheinlich die meiste Diskussion hervorrufen. Planung und Freiheit sind im Entwurf für sie massgebend. Der Streit wird sich über das Ausmass beider und über die Bedeutung entfachen, die man einzelnen Wirtschaftsmassnahmen für die Sicherung der Freiheit zumisst. Auch wirtschaftstheoretische Erörterungen - über das Wesen der Krisen im Kapitalismus z.B. - werden sich anschliessen, zum Nutzen für alle, nicht nur für die Sozialisten. Sorgfältig und ausführlich wird auf die Gemeinsamkeit vieler Interessen der Mittelschichten und der demokratischen Sozialisten und ihrer Wirtschaftspolitik abgestellt.

Für alle diese Fragen aber ist sehr eindrucksvoll das Bekenntnis zur Gleichheit und Freiheit! Denn erst von hier aus lässt sich die klare Haltung gegen die kapitalistische und gegen die kommunistische Welt begründen: "Wird in den Diktaturen die politische Macht zum Mittel, die Werktätigen zugunsten der regierenden Schicht wirtschaftlich auszubeuten, so bietet die wirtschaftliche Ungleichheit im Kapitalismus den besitzenden Klassen die Möglichkeit, dieses Übergewicht in politische Macht umzumünzen. Freiheit ist ohne Gleichheit ebenso undenkbar wie Gleichheit ohne Freiheit" - beide bilden die sozialistische Demokratie!

Dies alles bedingt die Beseitigung des Bildungsmonopols. Die moderne Gesellschaft am Beginn der zweiten industriellen Revolution verlangt im Interesse der modernen Wirtschaft und der Sicherung von Freiheit und Gerechtigkeit, dass durch einen Umbau des gesamten Schul- und Hochschulwesens jedem die Bildung zuteil wird, zu der seine Fähigkeiten ihn berechtigen. Die Demokratie kann sich keine Verschwendung von Talenten und Charakteren erlauben. Hier liegt die Hoffnung und grosse Chance für die junge Generation.

*

Das neue Programm der SPD enthält für demokratische Sozialisten eigentlich keine Überraschungen. Es ist die zusammengefasste Darstellung von Ideen und Hinweisen auf die politische Praxis des modernen Sozialismus, wie sie nach dem zweiten Weltkrieg von Léon Blum, Kurt Schumacher und anderen neu formuliert wurden. Nichtsozialisten aber wird das Programm zeigen, wie gross die Übereinstimmung sozialistischer Ziele mit den Ideen ist, die heute bei zahlreichen nicht-sozialistischen politischen Gruppen sowohl bei den europäischen wie auch den asiatischen Völkern zum Ausdruck kommen. Es wird auf alle Fälle vielen die Augen öffnen über den entscheidenden Ausweg aus der allgemeinen Krise der Menschheit, den der Sozialismus zwischen Kapitalismus und Kommunismus bietet.

+ + +

Zug zu einer neuen Aussenpolitik

sp - Seit über britischem Boden amerikanische mit A- und H-Bomben versehene Flugzeuge kreisen - eine Tatsache, die der britische Premierminister im Unterhaus nicht bestreiten konnte - gewinnen in Grossbritannien die Strömungen mächtig an Boden, die auf eine Revision der bisherigen Aussenpolitik drängen. Die Versicherung MacMillans, die Bomben seien entschärft, es könne also nichts passieren, wenn durch einen Unglücksfall ein solches bombentragendes Flugzeug auf die Erde stürzt, verfehlte ihre auf Beruhigung abzielende Wirkung. Das Bild ständig in der Luft befindlichen A- und H-Bombenträger erregt wie kaum ein anderes Gleichnis nahe, wie unfruchtbar, töricht und gefährlich eine Politik ist, die keinen anderen Ausweg mehr weiss, als stets auf den äussersten Notfall gerüstet zu sein. Hier wird das Streben nach einem Höchstmass militärischer Sicherheit geradezu ad absurdum geführt: je umfangreicher die Lager für aufgestapelte nukleare Waffen werden, umso unheimlicher wird es den Nationen und Völkern dabei, sie gleichen dem Goethe'schen Zauberlehrling, der die Geister rief, sie aber nicht mehr loswerden konnte.

Die Gewissheit, unter den A- und H-Bomben zu leben, hat in Grossbritannien ein tiefes Unbehagen ausgelöst. Die Grundlagen der britischen Aussenpolitik werden in Frage gestellt. Und dies nicht nur von der Labour-Opposition allein. So hat der Pressechef des früheren britischen Premierministers Anthony Eden im "Manchester Guardian" darauf hingewiesen, England habe seit der Genfer Konferenz des Jahres 1955 keinerlei neue aussenpolitische Gedankengänge entwickelt, und es wäre nun jetzt an der Zeit, dass die westlichen Kabinette sich nicht nur mit dem Wettüben beschäftigen, sondern mehr noch mit den politischen Problemen, die gelöst werden müssen, um die wachsende Kriegsgefahr zu bannen. Zuvor hat die "Times", sonst der konservativen Regierung sehr wohlgesonnen, dem amerikanischen Russlandexperten, George Kennan, bescheinigt, seine Gedanken über die dringend notwendige Bereinigung des West-Ost-Gegensatzes verdienen die gründlichste Aufmerksamkeit. Kernstück der Ideen Kennans ist der gegenseitige Truppenabzug aus dem Herzen Europas, die zwischen West und Ost vorher zu vereinbarenden Regelung des militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands. Nur wenn das deutsche Potential ausserhalb der Verfügungsmöglichkeit der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten liegt, wird eine Wiedervereinigung zu erreichen sein. Diese Gedanken sind nicht neu, sie entsprechen schon lange den Vorstellungen der grössten deutschen Oppositionspartei, aber sie bekommen, bedingt durch die Sackgasse, in die die gesamte westliche Deutschlandpolitik einzustünden droht und vor den Hintergrund einer verfahrenen internationalen Situation eine neue Aktualität.

Kurzfristig mag die von manchen NATO-Partnern gewünschte Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen militärisch ein Gewinn sein - politisch hätte sie aber unüberschbare Folgen, vor denen kein europäisches Volk verschont würde, auch nicht Grossbritannien. Diese düstere Gewissheit, Opfer einer Entwicklung zu werden, die von den Regierungen zwar nicht gewollt, aber deren Automatismus sie nicht enttrinnen können, gibt dem britischen Suchen nach einer neuen, mehr auf dem Frieden statt auf der Aufrüstung basierenden Aussenpolitik das bestimmende Gepräge. Man weiss auch, dass es nicht klug wäre, wenn der Anschein entstünde, als ob nur die Sowjetunion auf diesem Gebiete Initiative und Ideen entwickeln könnte.

Demokratie und die indische Wirklichkeit

I.D. In einer nordindischen Provinz haben Wahlen zu den Stadt- und Gemeindeparrlamenten ein unerwartetes Ergebnis gebracht. Von den 40 bisher bekannten Resultaten fielen 30 zu ungunsten der Kongresspartei Nehrus aus. Da die meisten Gemeinde- und Stadtparlamente in dieser Provinz bisher von der Mehrheit der Kongresspartei geführt wurden, ist dies Ergebnis bemerkenswert. Dies vielleicht umso mehr, als es im flagranten Gegensatz zu den kürzlich stattgefundenen Parlamentswahlen steht, bei denen Nehru einen überwältigenden Erfolg für sich und seine Partei verbuchen konnte. Man war geneigt zu folgern, dass Nehrus Ansehen in der Welt ihm auch die Zuneigung und das Vertrauen seines Volkes für die Weiterführung seines Amtes einbrachte. Die Tatsache, dass als einzige Alternative zu Nehru im Augenblick nur die Kommunisten zu nennen wären, liess dem indischen Volk bei der Parlamentswahl keine andere Wahl. Denn soviel war ihm klar: die Entscheidung für den Kommunismus bedeutete eine neuerliche Abhängigkeit an ein anderes Land. Bei den Kommunalwahlen hingegen bot sich der Bevölkerung ohne Gefahr für ihr Land die Möglichkeit, für Kandidaten aus einem anderen Lager zu stimmen. Sie tat dies, fast möchte man sagen, in erstaunlicher Zahl und mag dabei ihrem Unmut über die alles beherrschende Kongresspartei Luft gemacht haben.

Während der britischen Kolonialzeit hatte die Besatzungsmacht den demokratischen Parlamentarismus nach westlichem Vorbild eingeführt ohne Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse. Dass in einem Land, in dem über 70 % der Bevölkerung nicht lesen und schreiben können, politischen Parteien, die die Grundlage einer jeden parlamentarischen Demokratie sind, nur ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung anhängt - sie also nur Ansätze politischer Parteien im westlichen Sinne darstellen - spielte dabei keine Rolle. Solange sich allerdings die grosse Kongresspartei unter Gandhis und Nehrus Führung auf die Befreiung des Landes konzentrierte, war es ihr möglich, Anhänger aus allen Schichten des Volkes an sich zu ziehen. Heute aber, da dies vollbracht ist, und die politischen Parteien gezwungen sind, in Fragen

30. November 1957

der Aussen-, Innen- und Wirtschaftspolitik Stellung zu beziehen, können es nur wenige. Es müssen vorwiegend Intellektuelle sein, die in einer politischen Partei in Indien die entscheidende Arbeit leisten. Damit entbehrt die politische Partei in Indien, die sich auf keine Meinungsbildung in ihren Reihen stützen kann, das Gesicht einer demokratischen Partei nach westlichem Muster und damit scheint auch die westlich-demokratische Regierungsform zunächst in Indien nicht durchführbar.

Diese Tatsache hat dazu geführt, dass in Indien der Zentralismus sehr stark ausgeprägt ist. Während es zum Wesen der westlichen Demokratie gehört, dass die politischen Parteien eng mit dem Volk verbunden sind und die in Frage kommenden Kräfte innerhalb der Bevölkerung zur örtlichen Selbstverwaltung heranziehen, wirbt man in Indien die junge Intelligenz für die Zentrale in Delhi ab. Damit ist der Demokratie eine wichtige Funktion, ja fast die Grundlage, die sich darin äussert, dass sie von der untersten Einheit nach oben wirkt, genommen. Nach dem Wahlergebnis im Norden Indiens zu urteilen, hat die Bevölkerung sich gegen diese Beherrschung der Zentrale und damit der grossen Kongresspartei aufgelehnt. Sie hat gleichzeitig durch die Bevorzugung von unabhängigen Kandidaten aufgezeigt, dass die politischen Parteien in Indien noch keineswegs eine echte demokratische Funktion ausüben.

Für die Kongresspartei Nehrus ist dieses Wahlergebnis eine Warnung. Noch ist es in ihrer Hand, die Demokratie in Indien zu entwickeln. Zur Festigung einer demokratischen Regierungsform müsste sie bereit sein, andere politischen Parteien, statt sie wie bisher abzudrosseln, neben sich zu dulden. Mit ihnen gemeinsam müsste sie den Versuch machen, im Lande zu wirken und die Selbstverwaltung stärker auszubauen. Durch eine Dezentralisierung der demokratischen Kräfte würde eine tiefere Verbindung der örtlichen Verwaltungen mit dem Volk stattfinden. Die Chancen für die westlich-demokratische Regierungsform, die trotz ihrer Widersacher unter den Völkern des Ostens noch durch keine bessere ersetzt werden konnte, würden damit wachsen und mit ihnen die Stabilität des noch freien Asien gegenüber den totalitären Kräften.

* * *

- 6 -

Vergessene Versprechungen

nn. Über zwei Monate ist es her, seitdem der Bundeskanzler drei Tage vor der Bundestagswahl 1957 sich zu den Fragen der durch die Rentenreform benachteiligten Rentner äusserte. Damals versprach er, all denen, die bei den Reformgesetzen vom Januar 1957 leer ausgegangen waren, die erneute Überprüfung und Beseitigung der bekannt gewordenen Mängel. Angesichts der besonderen Notlage dieser Betroffenen war es nur zu verständlich, dass viele Rentner gerne glaubten, die Bundesregierung würde die Ungerechtigkeiten, wie sie aus den Rentengesetzen herrühren, bald beseitigen. Das dies nicht geschah, hat sich inzwischen herumgesprochen.

Um das Versprechen der Bundesregierung nicht wieder in Vergessenheit geraten zu lassen, hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion im Bundestag jetzt eine Grosse Anfrage zu diesem Fragenkomplex eingebracht. Abertausende Rentner wollen endlich wissen, wann denn nun das feierlich vor der Wahl gegebene Versprechen von der Regierung eingelöst werden wird. Dass es sich bei diesen Fragen um entscheidende Angelegenheiten für die Mehrzahl der Rentner handelt, ist jedem, der sich mit dem Los der Rentner befasst, bekannt. Man erinnere sich nur beispielsweise an die Härten, die durch Anrechnung der Erhöhungen auf andere Leistungen entstanden oder an die geringen Erhöhungen, die in vielen Fällen immer noch zusätzliche Unterstützungen aus der öffentlichen Fürsorge notwendig machen. Oder etwa gar an die ungenügende Berücksichtigung der Militär- und Kriegsdienstzeiten als voll rentensteigernde Ersatzzeiten. Die Aufzählung der bekannt gewordenen Härten lässt sich beliebig fortsetzen. Sie bestätigt nachträglich nur das, was von Seiten der SPD-Fraktion schon damals während der Reform-Debatte im Januar 1957 gesagt worden war.

Das Einbringen der Grossen Anfrage durch die sozialdemokratische Opposition ist aber mehr als nur eine der üblichen Ermahnungen an die Regierung. Die Anfrage ist der Beweis, dass die sozialdemokratische Opposition als die berufene Sprecherin der vom reichlich fadenscheinig gewordenen Wirtschaftswunder Benachteiligten, schon wieder gleich nach Zusammentritt des neuen Bundeskabinetts auf sozialpolitischem Gebiet die Initiative ergriff. Die SPD ist nicht willens, den Dingen ihren Lauf zu lassen.

Die neue Regierung Adenauer muss es sich erneut bescheinigen lassen, dass schöne Reden über Sozialpolitik allein, auch wenn sie von rühmend und beschwörend vorgebrachten Behauptungen über die Gefahr des Wohlfahrtsstaates begleitet sind, keine aktive Sozialpolitik darstellen. Der Gradmesser für den Willen, Versprechen einzulösen, ist letztlich die im Parlament entwickelte Initiative. Dies gilt vor allem für solche Dinge, die sich erfahrungsgemäss wenig für Wahlkämpfe und Entscheidungen demagogisch auswerten lassen.

Hier vor allem sei an das wichtige Gebiet des Jugendarbeitsschutzes erinnert. Auch bei dieser Frage war die Regierung Adenauer bisher nur bereit, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit Versprechungen zu operieren, ohne dass entsprechende Initiativen diesen Versprechungen folgten. Die Empörung über die Zweitrangigkeit, mit der die Regierung Adenauer bisher den Komplex Jugendarbeitsschutz behandelte, fand ihren Niederschlag in den unzähligen Zuschriften Jugendlicher aus allen Kreisen. Dabei steht fest, dass unsere arbeitende Jugend bald jenen Schutz erhalten muss, auf den sie in einem sozialen Rechtsstaat Anspruch hat. Kein Wunder also, dass diese Jugendlichen den jüngsten Schritt der SPD, ihr Jugendarbeitsschutzgesetz vom Juli 1956 erneut in den Bundestag einzubringen, mit grosser Genugtuung zur Kenntnis genommen haben. Ob junge oder alte Menschen, sie alle haben ein Gespür für die Ernsthaftigkeit der durch Initiativen immer wieder untermauerten Bemühungen der SPD und scheuen sich nicht, dies offen zu bekennen.

+ + +

Herbert Wehner im Frankfurter Rundfunk:

"Die in der Opposition stehenden Parteien haben die Pflicht, auch durch die öffentliche Meinung auf die Regierung einzuwirken. SPD muss Hauptaufgaben unter den in der Opposition befindlichen Parteien erfüllen. Jetzt kommt es darauf an, die eigene Parteiorganisation von der Spitze an in Form und Arbeitsweise so zu gestalten, dass sie fähig wird:

- 1) zu ergründen, was in den breiten Schichten unseres Volkes vorgeht,
- 2) zu entwerfen, was an politischen Forderungen und Vorschlägen notwendig ist,
- 3) an alle Mitbürger heranzubringen, was die Partei ihnen sagen und vorschlagen will und
- 4) die finanzielle Unabhängigkeit des Wirkens der SPD zu sichern.

Bei uns in Deutschland erleben wir gegenwärtig eine konzentrische Offensive von Unternehmerinstituten und des Bundeswirtschaftsministers, deren Ziel die Trennung der Arbeiterschaft von der SPD und die Beeinflussung der Gewerkschaften im Sinne der Regierungspartei ist".

+ + +

Der letzte Pfennig

nd. Angeblich hat der Pfennig in der Bevölkerung seine Wertschätzung verloren und das alte Sprichwort keine Gültigkeit mehr: "Wer den Pfennig nicht ehrt - ist des Talers nicht wert". Aber Wertschätzung und realer Wert sind zweierlei. In der Summierung kann sich aus dem missachteten Pfennig ganz hübsch etwas aufsammeln. Das hat uns sehr deutlich die Mineralölwirtschaft demonstriert.

Sie erinnern sich doch noch? Am 30. und 31. Oktober 1956 blockierten die Israelis, Engländer und Franzosen mit ihrem Schiesskrieg am Suez die Ölversorgung Europas. Postwendend bescherte uns die Mineralölwirtschaft Preiserhöhungen in mehreren Stufen; die letzte Erhöhung noch am 21. bzw. 25. Februar 1957. Der letzte Pfennig der damaligen Preiserhöhungen ist nun am 28. November wieder gestrichen worden. Ein wenig zu spät; denn inzwischen hatte Prof. Erhard seine Wette um etliche Flaschen Sekt verloren, weil er falsch prophezeite - übrigens wie immer -: dieser letzte Pfennig würde noch vor dem 1. Oktober wieder gestrichen werden.

Über ein Jahr hat die Mineralölwirtschaft neben den anderen einträglichen Pfennigen diesen letzten Pfennig eingezogen. Sie hat also noch den Pfennig geehrt. Sie hatte allen Grund dazu, denn es war ein einträgliches Geschäft, zumal man kaum verteuertes Mineralöl in dieser Zeit einfuhrte und ein Drittel des Verbrauchs aus westdeutscher Förderung bestritt.

Nimmt man an, dass in diesem Jahr in der Bundesrepublik nicht mehr Mineralöl verbraucht wurde als im Vorjahr - und es war sicher erheblich mehr - so sind, ohne Einrechnung des Eigenverbrauchs der Mineralölwirtschaft, wieder 12,4 Millionen to Mineralöl abgesetzt worden. Das sind zugleich 12,4 Millionen Liter. Ein Pfennig pro Liter macht somit 124 Millionen DM aus, ein hübsches Sürmchen also aus einem Pfennig! Da sage noch einer, dass der Pfennig heute nichts mehr wert sei!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel